

nierten) „Interessen der Sowjetunion“ und den Interessen der einzelnen Akteure läßt sich sicherlich mit dem Principal-Agent Ansatz sehr gut beschreiben, wie dies bereits von Gregory (1990)<sup>6</sup> getan wurde. Andererseits läßt die von Stone bemühte Version Fragen nach der Allokation von Ressourcen und somit einen wichtigen Punkt des Verhandlungsinteresses der sowjetischen Verhandlungspartnern offen.

Die Untersuchung Stones stützt sich auf eine Vielzahl von Interviews mit Insidern, die jahrzehntlang im Rahmen des RGW und den diversen Planungskommissionen der Länder tätig waren, sowie auf Archivmaterialien. Anzumerken wäre, daß in der Arbeit des Autors ein allgemeines Problem von Experteninterviews auftritt, das vor allem damit zusammenhängt, daß die Interviewpartner am Integrationsprozeß selbst beteiligt waren. Die Interpretationen der Befragten stammen aus einer sehr aktuellen Perspektive und werden den amtlichen Dokumenten aus früheren Jahren teilweise unvermittelt gegenübergestellt bzw. es wird die heutige Interpretation der Gesprächspartner übernommen.

Eine zeitlich differenziertere Aufschlüsselung hätte das Buch sicher inhaltsreicher gemacht. So treffen eine Reihe von Schlußfolgerungen des Autors wohl eher auf die achtziger Jahre zu, weniger Erklärungswert haben sie für die sechziger und siebziger Jahre.

Im Buch von Stone werden erstmals bisher nicht zugängliche Archivmaterialien aufgearbeitet, und es wird versucht, eine Antwort auf die paradoxe Frage zu finden, weshalb die Sowjetunion ihre Subventionen im Handel mit den osteuropäischen Staaten nicht zur Erzwingung politischer Loyalität nutzte. Es beruht auf einer 1994 entstandenen Dissertation, die viel Beachtung in der wissenschaftlichen Diskussion gefunden hat und mit mehreren Preisen bedacht wurde.

Susann Weien

- 1 M. Marrese/J. Vanous, Soviet Subsidization of Trade with Eastern Europe. A Soviet Perspective, Berkeley 1983.
- 2 V. Henke, Die Bedeutung des sowjetischen Erdöls auf den Weltmärkten, in: H. Elsenhans (Hrsg.), Erdöl für Europa, Hamburg 1974; J. Bethkenhagen, Erdöl und Erdgas im Ost-West-Handel, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsfor-schung, Oktober 1983, S. 345-356.
- 3 M. Chadwick, Production and Refining Constraints, in: dies./D. Long/M. Nissanke, Soviet Oil Exports. Trade Adjustment, Refining Constraints and Market Behaviour, Oxford 1987.
- 4 M. Ellmann/V. Kontorovich, The Disintegration of the Soviet Economic System, London 1992.
- 5 E. Huskey, Executive Power and Soviet Politics. The Rise and Fall Soviet State, Armonk 1992; P. Ruthland, The Politics of Economic Stagnation in the Soviet Union, Cambridge 1993.
- 6 P. Gregory, Restructuring the Soviet Economic Bureaucracy, Cambridge 1990.

**Otto Wenzel, Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1995, 332 S.**

Der unverhoffte Zusammenbruch der DDR hat Versuche ermutigt, deutschland- und sicherheitspolitische Kontroversen früherer Jahre noch einmal auszu-fechten und sich in den Archiven des untergegangenen Staates die damalige Haltung beglaubigen zu lassen. Für Bundeswehrgeneral a. D. Kießling, der das hier anzuzeigende Buch über den Nationalen Verteidigungsrat der DDR (NVR) mit einem Vorwort versehen hat, steht nach der Lektüre unzweifelhaft fest: „Wir sind noch einmal davongekommen.“ Ausgerechnet in einer Zeit, „als im Westen ein großer Teil der Öffentlichkeit geradezu in eine Entspannungseuphorie verfiel“, sei von den SED-Machthabern „im Dienste der kommunistischen Eroberung“

rungepolitik“ der Krieg vorbereitet worden (S. 10).

*Otto Wenzel* faßt seine Untersuchungen zum formal obersten Führungsorgan der DDR-Landesverteidigung weniger spektakulär zusammen: „Der NVR war kein Machtzentrum, sondern eine Akklamationsmaschine für Vorlagen“ des Parteiapparats und des Militärs (S. 231). So wurden wichtige Entscheidungen, besonders in der Ära Hanecker, gelegentlich unter Umgehung des NVR getroffen, und obwohl das Statut von 1960 einen monatlichen, die Neufassung von 1973 einen vierteljährlichen Turnus vorschrieb, tagte der Rat unter Ulbricht höchstens fünfmal, in den achtziger Jahren nur noch ein- bis dreimal jährlich. Zwischen dem 23. Juni und dem 28. August 1961 – bekanntlich hatte ein zu erwartender Verteidigungsfall als Begründung für den Mauerbau herhalten müssen – trat der NVR überhaupt nicht zusammen. Auch die Intervention in der Tschechoslowakei 1968 und die polnische Krise 1980/81 fanden kaum Niederschlag in den Akten.

Diese erstaunlichen Befunde haben aber auch *Wenzel* nicht davon abhalten können, mit Hilfe der Sitzungsprotokolle und anderer Dokumente des NVR und des Verteidigungsministeriums „Einblick in die umfassenden Kriegsvorbereitungen des Regimes“ (S. 107) und „in das geheime Innenleben der SED“ (S. 13) geben zu wollen. Wesentliche Grundlage seiner Darstellung sind Berichte an den NVR über die Vorbereitung auf den „Verteidigungszustand“. Weil Kriegsgefahr bestünde, „solange der Imperialismus existiert“, hatten DDR-Funktions-träger regelmäßig Rechenschaft über die Wappnung ihrer Bereiche für den militärischen Ernstfall abzulegen. Die vorgeblichen Notwendigkeiten der Landesverteidigung begründeten dabei die Militarisierung nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche und schufen zusätzliche Möglichkeiten der Kontrolle und Disziplinierung. Die Brisanz des Themas schloß abweichende Auffassungen und Kritik aus; wer wie die Blockparteien nicht un-

mittelbar der Parteidisziplin unterworfen war, konnte auf die Staatsräson verpflichtet werden. Insofern zielten die Bedrohungsbehauptungen und die Forderung nach Verteidigungsbereitschaft nicht zuletzt auf Herrschaftsbegründung und -sicherung. Diesen innenpolitischen Aspekt läßt *Wenzel* allerdings weitgehend außer acht. Statt dessen kehrt er das östliche Feindbild einfach um und zeichnet mit kräftigen Strichen eine permanent gegen den Westen mobil machende DDR: mit Militärgeld für die „befreiten Gebiete“, einem „Blücher-Orden für Tapferkeit“, detaillierten Vorschriften für die Frontberichterstattung oder Übernahmeplänen für Rundfunk und Fernsehen.

Kommunistische Eroberungspolitik oder fragwürdige Schubladenpläne einer unterbeschäftigten Institution? Bis in die achtziger Jahre sahen die Planungen des Warschauer Pakts vor, einen Konflikt mit der NATO auf dem „westlichen Kriegsschauplatz“ zu führen. Diese offensive Ausrichtung der sowjetischen Militärdoktrin, die die USA von ihren Verbündeten abschneiden und Westeuropa aus dem Krieg „herauslösen“ sollte, wird heute nicht mehr ernsthaft bestritten; *Wenzel* hat dem bereits Bekannten einige aufschlußreiche Fakten und Dokumente hinzufügen können. Der Überzeugungskraft ist es freilich abträglich, daß dem Autor (von militärstrategischen Gesichtspunkten einmal abgesehen) östliche Bedrohungsängste, ihre Auslöser im Westen oder wechselseitige Fehlwahrnehmungen keine Erörterung wert sind. Über die übliche Einschränkung der Planungen – „im Falle einer Aggression der NATO“ – geht er bereits in der Einleitung hinweg: Keinesfalls könne er die Auffassung teilen, „daß der Warschauer Pakt durch die NATO objektiv bedroht wurde“ (S. 15). Dies müßten – verblüffende Logik – auch die Verantwortlichen im Osten gewußt haben, da „das westliche Bündnis regelmäßig von einer Eröffnung der Kriegshandlungen durch den Warschauer Pakt ausging“ (S. 206). Vollends ärgerlich wird es, wenn der Autor seine

Feststellung, das NATO-Konzept der Vorverteidigung habe keine Abkehr von einer grundsätzlich defensiven Strategie bedeutet, mit der mündlichen Auskunft eines Bundeswehrgenerals belegt (S. 72).

Interessant ist das Buch dort, wo *Wenzel* die Verausgabung wirtschaftlicher Ressourcen für militärische Zwecke oder die für den Kriegsfall vorgesehenen Führungsstrukturen beschreibt. Um das Urteil „kriegsbereit“ teilen zu können, hätte man dennoch gern mehr über Ausrüstung und Ausbildung der NVA, vor allem aber über die Haltung ihrer Offiziere, Unteroffiziere und Wehrpflichtigen erfahren. Dafür weiß der Autor von Erich Honecker, daß das vom Generalsekretär im NVR geforderte „kriegsbezogene Denken und Handeln“ auch seiner „inneren Einstellung“ entsprochen haben dürfte (S. 104).

*Wenzels* Buch ist in erster Linie ein spätes Zeugnis wechselseitiger Bedrohungsängste des Kalten Krieges; „über einen Teil der DDR-Wirklichkeit informieren“ (S. 15) läßt sich allein aus NVR- und NVA-Akten offenkundig nur utzu-reichend.

Christian Kurzweg

**Margot Hutzler-Spichtinger und Klaus Schönberger, „Unüberhörbare Wortmeldungen der Bürger...“ DDR-Gesellschaft am Vorabend des Umbruchs – Jena 1988/89, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1994, 225 S.**

„Frauenkommissionen, die sich um die speziellen Belange der berufstätigen Frauen und insbesondere Mütter kümmern sollten, bestanden in der ehemaligen DDR (! – d. Rez.) in allen Betrieben...“ (S. 81). Mit diesem Satz beginnt im vorliegenden Buch eine Studie über „Gewerkschaftliche Frauenarbeit in Jena“ (S. 81-150). Daß kein Historiker auf die Idee kommen würde, von der „ehemaligen“ Weimarer Republik, ja, nicht einmal vom „ehemaligen“ Heiligen

Römischen Reich deutscher Nation zu sprechen, wird hiermit nicht zum erstenmal konstatiert. Daß aber nicht in der Tagespublizistik, sondern in Aufsätzen mit sozialwissenschaftlichem und historischem Selbstverständnis (vgl. S. 7) derart formuliert wird, sollte doch kritisch angemerkt werden. Denn es drängt sich auch an anderer Stelle der Eindruck auf, daß in Darstellung und Methode der wissenschaftliche Anspruch nicht stringent eingelöst, die Distanz zum Journalistischen nicht durchgängig gewahrt bleibt.

Der Band ging aus einem Archivprojekt zur Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) in den Kreisen Jena-Stadt und Jena-Land hervor, das von Tübinger Wissenschaftlern durchgeführt wurde. Ausgangspunkt war das ganz praktische Erfordernis des Jahres 1990, die Hinterlassenschaft dieser in Auflösung befindlichen Massenorganisation der DDR zu sichern, archivalisch zu erschließen und wissenschaftlich aufzubereiten. So befindet sich das Material nach zwischenzeitlicher Lagerung in Tübingen seit dem 1. Juli 1993 auch im Stadtarchiv Jena. Entstanden ist dabei eine Regionalstudie, „die am Beispiel der Universitäts- und Zeiss-Stadt Jena den lokalen Auswirkungen des bürokratischen Sozialismus in der DDR auf die Spur zu kommen sucht“ (S. 8). Hierzu bedienen sich die Verf. nicht nur des genannten archivalischen Materials, sondern auch einer ganzen Reihe von Interviews mit ehemaligen haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionären.

Die drei Kapitel – im Vorwort des DGB-Kreisvorsitzenden Christmann ist zutreffender von Aufsätzen die Rede – widmen sich zum einen am Beispiel der jährlichen Feiern zum 1. Mai einer für die DDR typischen Form „der ‚inszenierten Kommunikation‘“ (*Schönberger*). *Hutzler-Spichtinger* steuert den Beitrag über die gewerkschaftliche Frauenarbeit bei. Und schließlich geht *Schönberger* der Frage nach, „wann und wie die Erschütterungen des partei-offiziellen politischen Weltbildes und der Glaubwürdigkeit der Ideologie sowie letztlich der